

Frankfurter Allgemeine

Jürgen Kaube

Frankfurter Allgemeine Zeitung

27. März 2021

Was ist per se Hass?

Die Unterzeichner der "Jerusalem Erklärung" formulieren eine neue Definition von Antisemitismus

Die Meldung war erstaunlich. Zweihundert internationale Holocaustforscher, hieß es im Deutschlandfunk, und zwar "die renommiertesten", hätten ein Jahr lang an einer neuen Definition des Begriffs "Antisemitismus" gearbeitet. Nun liege sie in Gestalt einer "Jerusalem Declaration On Antisemitism" vor. Sie sei vier Seiten lang.

Das war zunächst erstaunlich, weil der Übergang von wissenschaftlicher Definition zu politischer Deklaration rätselhaft ist. Die Unterzeichner der "Jerusalem Erklärung" beziehen sich in einer Präambel sogar auf die Deklaration der Menschenrechte von 1948. Wissenschaftliche Texte aber haben keine Präambeln, denn sie sind keine Urkunden. Die Erklärung der renommierten Holocaustforscher erweckt nur den Eindruck, urkundenfähig zu sein.

Erstaunlich ist überdies, dass es zweihundert Holocaustforscher bedurfte, um Antisemitismus zu definieren. Die Definition selbst passt auf eine Seite. Sie lautet, noch kürzer gefasst, Antisemitismus sei eine Spielart des Rassismus, die Vorurteile über Juden aufhäufe, ihnen einen kollektiven bösen Charakter und eine geheime Macht über das Weltgeschehen unterstelle. Hinzu kommen Attacken auf jüdische Einrichtungen und Personen, die Leugnung des Holocaust oder seine Verharmlosung. So weit, so eigentlich bekannt und kaum einjähriger Arbeit bedürftig.

Vielleicht aber war das nur der Beitrag des Deutschlandfunks zum Thema, und es hatten viel weniger an der Definition gearbeitet, dafür umso mehr nur unterschrieben. Das würde jedenfalls erklären, dass es durchaus nicht zweihundert Holocaustforscher sind, die unterschrieben haben. Nicht einmal "Jüdische Studien" oder "Studien zum Mittleren Osten" betreiben viele von ihnen. Weder die Historiker Sebastian Conrad, Bernd Weisbrod und Ute Frevert oder Svenja Goltermann sind Holocaustforscher noch Carlo Ginzburg, so wenig wie der Universitätsmanager Lothar Zechlin, die Frühneuzeitforscherin Natalie Zemon Davis, die Philosophin Susan Neiman, die Schriftstellerin Eva Menasse oder die Soziologin Eva Illouz. Es haben Musikwissenschaftler unterzeichnet, Mittelalter-Spezialisten und solche für den Genozid an den Armeniern.

Warum nicht? Sie unterschreiben, weil sie die Deklaration befürworten, nicht, weil sie über Antisemitismus, Palästina, den Staat Israel oder das gegenwärtige Judentum forschen. Sie haben nur Meinungen dazu. Die Deklaration zielt deshalb auch nicht

auf Forschung, sie will vielmehr das öffentliche Gespräch umorientieren und bedient sich dazu des Renommées von Wissenschaft als solcher. Der Historiker Caspar Hirschi hat gerade mit einem Text zu den Corona-Empfehlungen der Leopoldina (F.A.Z. vom 9. März) eine Diskussion über Expertise zwischen Politik und Wissenschaft ausgelöst. Die "Jerusalem Erklärung" bringt dazu von ganz anderer Seite Material herbei. Sie tritt wissenschaftlich auf, ist aber ein politischer Akt.

Der liegt weniger in der Definition von Antisemitismus als in der Bezeichnung dessen, was nicht "per se" antisemitisch ist. Unterstützung des palästinensischen Anspruchs auf nationale und Bürgerrechte beispielsweise. Ablehnung des Zionismus. Kritik an Israel, die auf Tatsachen beruht. Boykott Israels. Dabei seien auch unvernünftige Äußerungen nicht per se antisemitisch.

Per se nicht. Aber die Skala des Unvernünftigen umfasst eben auch die Bereiche der Feindseligkeit und des Vernichtungswillens. Oder nur der aufgeblasenen Gesten. Wie steht es mit einem Wissenschaftler, der seine Teilnahme an einer Konferenz abzusagen droht, wenn eine israelische Kollegin dort sprechen würde? Ist auch das per se nicht antisemitisch? Wie ist es mit Vorschlägen für Staatenlösungen zwischen Jordan und Meer, die Israel zum Verschwinden brächten? Sind sie per se besser zu vertreten als offener Judenhass? Konkret gefragt: Welche der vielen palästinensischen Meinungen zum Staat Israel würde sich unter der neuen Definition als per se diskutierbar betrachten lassen?

Das Problem der neuen Antisemitismus-Definition ist, nicht durchgängig zwischen Kritik am Staat Israel als solchem und seiner jahrzehntelangen Politik im Westjordanland zu unterscheiden. Sie möchte den Boykott gegen Israel von der Absicht trennen, nicht nur seine derzeitige Regierung, sondern diesen Staat zu treffen und zu löschen. Deswegen ist wohl der wichtigste der fünfzehn Punkte, den die bis zu zweihundert Forscher unterstützen, der zehnte: Antisemitisch sei, Juden im Staat Israel das Recht abzusprechen, kollektiv und individuell gemäß dem Gleichheitsgrundsatz zu leben. Im Staat Israel.

JÜRGEN KAUBE

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv